

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Bezugsräger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Preisdruck-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umzugssteuer, Schmiergeld und sonstiger Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohlla.

Nr. 64.

Donnerstag, den 30. Mai 1929.

32. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die in einigen französischen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über eine Erkrankung des Reichspräsidenten Dr. Schacht werden von amtlicher deutscher Seite als unrichtig bezeichnet.
* Auf dem Annaburger Parteitag der Sozialdemokratie wurde das von der Parteileitung aufgeschickte Programm für die Reichstagswahlen angenommen. Die Wählerentscheidungen werden zurückgewiesen.
* Die sozialistischen Parteien in der Landesvertretung beschließen, den Gebrauch der deutschen Sprache durch die deutschen Parteien vollständig zu unterbinden. Es kam insbesondere zu hitlerianischen Äußerungen im Parlament.
* Das Ministerialbüro des Reichsaussenministeriums hat die sogenannte Parnerolle, die Erhöhung der Eintrittsgelder für ausländische Waren bringt, angenommen. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat.

Hüter der Reichsfinanzen.

In der breiten Öffentlichkeit ist der Name und die tüchtige, aber einbürgliche Tätigkeit einer Reichsbehörde fast unbekannt, die aber doch trotz ihres geringen — viel zu geringen! — personellen Umfangs eine der wichtigsten und — gefürchtetsten Reichsbehörden ist. Es ist der Oberste Reichsrechnungsrat, unter seinem jetzigen Präsidenten Sänckel, der gleichzeitig von der letzten und am wenigsten wenig dem jetzigen Vizepräsidenten des Reichsrechnungsrates überlässt. Die Oberste Reichsrechnungsrat über alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches ist dieser Rechnungshof und zuletzt, damit beantragt, genau darauf zu achten, daß nicht — sehr vorausgesetzt wird, als vom Reichstag bewilligt wurde.
Diese Kontrolltätigkeit, diese Nachprüfung ist natürlich eine Aufgabe von hoher ungewöhnlicher Umfang, denn schon sind die Reichsausgaben bis dicht an die zehn Milliarden herangewachsen, muß sich diese Kontrollbehörde bei ihrer Nachprüfungsarbeit vielfach auf Stichproben beschränken. So ist es kein Wunder, daß jetzt erst die Reichsrechnungsrat für 1926 kontrolliert ist, und was die Reichsrechnungsrat über diese zu bemerken hat, ist von ihm in einer jeden dem Reichstag übergebenen Denkschrift niedergelegt, die leider sehr viele unersprechliche Forderungen enthält.
Auch in Denkschriften gleicher Art über die Abrechnungen früherer Jahre hat der Oberste Rechnungshof zahlreiche Entschuldigungen festgestellt. Es sind von vielen Behörden teilweise sehr erhebliche Summen herausgefunden worden, ohne daß sie vorher von den Behörden festgestellt waren, ja ohne daß man überhaupt auch nur den Reichsrechnungsrat um Genehmigung ersuchte oder ihn benachrichtigte. Sinterher kommt dann das betreffende Amt mit der üblichen Entschuldigung, es hätten für die Entschuldigungen „zwingende Gründe“ vorgelegen, eine Veränderung, die besonders beim Auswärtigen Amt beliebt ist, das sich überhaupt nicht übermäßig genau an die Entschuldigungen zu halten pflegt, obwohl die Ausgaben für dieses Amt seit 1924 auf die vierfache Höhe angewachsen sind. Nicht zuletzt infolge reich aufsteigender Kosten, die durch unsere Auslandsvertretungen verursacht werden. Der Außenminister hat vor einiger Zeit laut geäußert über diese Kosten, die besonders durch die Reparationsverpflichtungen im Ausland verursacht werden, und versprochen äußerste Sparmaßnahmen. Die unbedingte Einsparung dieses Verordnungsrechtes erheischt der schweren Vormerke, die seinem Amt durch den Rechnungshof wegen der Entschuldigungen gemacht werden, wirklich auch als sehr notwendig.

Ein zweites nicht minder unerfreuliches Kapitel ist die wirtschaftliche Betätigung mancher Reichsbehörden — und hier drückt geradezu ein Satz von Vorwürfen des Rechnungshofes auf die schuldigen Ministerien nieder. Abermals hohe Gehälter für die Angestellten, übertrieben hoher Aufwand, schlechte Skatulation und wenig voraussehender Maßnahmen jeder Art, überflüssige, finanziell schwerden Schanden bringende Bestellungen auf Lieferungen jeglicher Art — das sind ja ein paar Stichproben! Die Betätigung des Reichsverkehrsministeriums z. B. auf dem Gebiet des Luftverkehrs ist vielfach geradezu ein Muster dafür, wie — nicht gerechtfertigt werden darf. Überhaupt diese wirtschaftliche Betätigung des Reiches auf — Reichsämtern! Der Rechnungshof hat sich durch das Wirral noch nicht gründlich durcharbeiten können, verpricht für später genauere Mitteilungen über die vielfach vorhandene Mißwirtschaft mit ihren großen Verlusten für die Reichskasse.

Nicht viel besser steht's übrigens auch dem Reichsministerium für die Angelegenheiten der Reichsangelegenheiten. Wieder wegen allerhand Geschäfte und Maßnahmen, die mit den eigentlichen Aufgaben des Reichs-

ministeriums wenig, jedenfalls allzuwenig oder gar nichts zu tun haben. Die berühmte Kapitän-Lehmann-Affäre, die innenpolitisch so viel Staub aufgewirbelt hat, wirkt in dieser Denkschrift für 1926 schon ihre Schatten voraus. Sehr, sehr spitz wird die kritisiert, werden die Bemerkungen des Rechnungshofes, der von falsch verstandenen Einnahmen, ungenügenden Bilanzen, schlechter Geschäftsführung usw. spricht. Und sein Eingreifen hat dazu geführt, daß nachträglich noch nach Millionen Mark allein hierbei der Reichsstaatskasse über die abgerechneten Einnahmen hinaus zugeflossen sind.
Deutsch, rücksichtslos, unbedinglich ist die kritische, kontrollierende Arbeit des Obersten Rechnungshofes und der Steuerzahler wünscht aus vollem Herzen, daß sie nicht — auf dem Drudpapier stehenbleibt.

Owen Young will Entscheidung.

Dr. Schacht nicht erkrankt.
Aus Paris erfährt man, der amerikanische Vorkämpfer der Reparationstheorien, Owen Young, habe in den letzten Tagen mehr als deutlich zu erkennen gegeben, daß nach seiner Auffassung die auf den Abschluss der Sachverständigenarbeiten wartende Welt nicht mehr länger hinhalten werden dürfe. Sowohl bei den Alliierten wie bei der deutschen Delegation werde er sofort mit allen Kräften darauf dringen, unumkehrbar zu einer unabweisbaren Entscheidung zu kommen. Man müsse nun den Schlüsselherausgeber, wenn es möglich sei, gemeinsam. Wenn die Vereinbarung aber nicht gelinge, dann eben getrennt. Owen Young hat andauernd Konferenzen bis zur Abreise Dr. Schachts mit diesem, nach der Abreise mit seinem Vertreter, Dr. Kahl, gehabt.

Zu der französischen Presse waren Nachrichten verbreitet, nach denen Reichspräsident Schacht erkrankt sei und sich deshalb nach Versailles zurückgezogen habe. Von amtlich informierter deutscher Seite wird mitgeteilt, daß diese Nachrichten vollkommen unzutreffend seien. Dr. Schacht sei nicht im mindesten erkrankt, aber auch nicht niedergebunden, weil durch die Einwendungen der Gläubigerstaaten eine gewisse Barriere in den Verhandlungen eingetreten sei. Er habe sich lediglich zur Aufrechterhaltung des Vertrauens bei seiner Rückkehr auf das Gläubigermemorandum vom 21. Mai zurückgekehrt, bis man sich über gewisse noch schwebende Fragen geeinigt habe.

Alfons von Spanien an Hindenburg.

Die großartige deutsche Ausstellung.
In Erwiderung des Glückwunschkommogramms, welches der Reichspräsident anlässlich der Eröffnung der deutschen Abteilung auf der Internationalen Ausstellung in Barcelona an den König von Spanien gerichtet hatte, hat der König von Spanien an den Reichspräsidenten nachfolgendes Telegramm gerichtet:

„Ich empfinde Ihre Lebenswichtige Kundgebung für die ich von ganzem Herzen danke. Es war mir ein wertvolles Vergnügen, zusammen mit der Königin den großartigen deutschen Pavillon auf der Internationalen Ausstellung in Barcelona zu eröffnen, und ich beziehe mich, Eurer Erzählung mit meinen aufrichtigen Glückwünschen den Ausdruck meiner und meines Volkes Dankbarkeit für die so glänzende Mitarbeit Ihres Vaterlandes an dieser Ausstellung zum Ausdruck zu bringen. Ich verbinde damit die warmsten Wünsche für das Gelingen und Glück Ihres Landes und für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern.“

Aman Allah bleibt in Indien.

Ein neuer Emir von Afghanistan.
König Aman Allah von Afghanistan hat seine Absicht, sich Mitte nächster Woche nach Italien einzusetzen, mit Rücksicht auf den Zustand der Königin einzuweisen aufschreiben müssen. Die Königin wird bis nach ihrer Entbindung im Hotel Lodi in Mailand in Rom zu verbleiben. Das Hotel steht unter polizeilicher Aufsicht.
Der frühere afghanische Außenminister Nadir Khan, der bisher gemeinsam mit Aman Allah gegen die Truppen Sabir Allahs operierte, hat sich zum Emir von Afghanistan auszurufen lassen. Wie es heißt, soll er zunehmenden Einfluss auf die Summe des südlichen Afghanistan gewinnen. Sabir Allah soll sich bemühen, mit dem Emir Verhandlungen anzuknüpfen, und soll zu diesem Zweck eine kleine Delegation an ihn geschickt haben.

Die Sozialdemokraten und das Wehrprogramm.

Auf der Sozialdemokratischen Parteitagung sprach der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann als Berichterstatter über das Wehrprogramm. Er gab eine kurze Darstellung der Einstellung der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission zur Feststellung eines Wehrprogramms und betonte, daß das Programm eine Fortsetzung der bisherigen Haltung darstelle. Er verwarf sich gegen die Behauptung, daß der Parteivorstand die Frage jetzt unbedingt zur Klärung und Entscheidung bringen wolle. Der Parteivorstand lasse dem Parteitag völlig freie Hand. Die Kommission empfehle nunmehr die Entscheidung aller dazu gestellten Anträge. Dittmann sprach dann über die allgemeine

Stellung der Partei zur Wehrfrage.
Anfänglich sei die Partei mit dem Liberalismus konform gegangen. Dann sei das Schlagwort aufkommen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Besonders habe Debel den preussischen Militarismus heftig bekämpft. Auch im kapitalistischen System der Vorkriegszeit wäre die Partei bereit gewesen, Mittel zu bewilligen, wenn eine Änderung des Wehrsystems eingeleitet worden wäre. Im Krieg sei dann die Zustimmung gekommen. Heute bestimme der vom Parteivorstand gewählte Wehrprogramm. Der preussische Militarismus habe sich jetzt umgeändert. Die Lösung müsse auf demokratischem Wege gelassen werden.

„Gewalt“ so erklärte der Redner u. a. „werden wir nun anwenden, wenn Gewalt hemmend auf die Demokratie einwirkt. Eine solche Möglichkeit gehen wir in Rechnung und stellen uns darauf ein. Die Gründung des Reichsausschusses ist ein Beweis dafür. Wie Sozialdemokraten lehnen das Konzept der Kommunisten, die Zerstörung des Bestehenden ab.“

Zu dem Begriff des Bestehenden gehöre auch das Heer und die Polizei. Die Sozialdemokratie betrachte die bestehenden Einrichtungen vom Standpunkt des kommenden Bestehenden aus. Warum solle die Wandlung die sich bei der Zeit vollziehe, beim Heere unzulässig sein? Die Entwicklung der Waffentechnik habe eine Änderung der Wehrverfassung der Soldaten herbeigeführt. Der Mißbrauch der Soldaten gegen das eigene Volk sei erschwert. Die Partei würde falsch handeln, wenn sie einen künstlichen Gegensatz zu dem Heere schaffen würde.

Die Opposition will die Landesverteidigung ablehnen.

Während des Referats über das Wehrprogramm ging ein von Levi, Rosenfeld, Ebdewitz und weiteren 80 Delegierten unterzeichneter neuer Programmentwurf ein, in dem es u. a. heißt, daß die Partei im kapitalistischen Staat die Landesverteidigung ablehnen müsse. Weiter heißt es: „Wird ein Land, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, und in der Übergangszeit zur klassenlosen Gesellschaft von anderen, noch von der Bourgeoisie beherrschten Staaten angegriffen, so ist das Proletariat verpflichtet, seine Klasseninteressen gegen alle Angriffe mit allen Mitteln zu verteidigen.“

In diesen Antrag, der vom Abgeordneten Levi begründet wurde, knüpfte sich eine längere Debatte, die schließlich abgebrochen wurde, ohne daß es zu einer Beschlussfassung gekommen wäre.

Sozialdemokratie für Wehrentwurf.

Die Entwidlung der Reichswehr.
Der Reichsparteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg nahm Mittwoch die vom Programmkomitee der Partei vorgelegten Richtlinien zur Wehrpolitik mit 244 gegen 147 Stimmen unter Beifall der Mehrheit an. Mit der Abstimmung wurden gleichzeitig sämtliche Abänderungsanträge zu dem Wehrentwurf für erledigt erklärt. Dieser war ein Antrag aus Berlin, der die Verlegung der ganzen Angelegenheit forderte, mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt worden.

Durch diese Abstimmung ist die Opposition, die in radikaler Weise eine gänzliche Abkehr vom Wehrprogramm forderte, zurückgewiesen worden und es bleibt bei dem mittleren Wege, den die Parteileitung in ihren bekannten Richtlinien vorgeschlagen hatte. In diesen Richtlinien wird anerkannt, daß auch die Sozialdemokratie in gewissen Maßnahme verantwortlich sei für die Aufrechterbal-

Grasverpackung.

Sonnabend den 1. Juni, nachm. 5 Uhr
verpachte ich an Ort und Stelle die den Voigt'schen
Erben gehörige
ca. 30 Morg. große Burgwiese
tabelweise öffentlich meistbietend.
Z. N.: Wilhelm Schmidt

Sämtliche Wiesenpächte
sind bis zum 31. Mai zu bezahlen.
Mehrere Graskabeln
hat noch abzugeben
Gertrudshof.

Die Grasnutzung
meiner Wiese in der Nachbarschaft wird
Sonnabend, den 1. Juni, nachm. 5 Uhr
gegen Barzahlung verpachtet.
Schurig, Markt.

**Maurer-, Zimmer-
und Tischlerarbeiten**
Zeichnungen und Kosten-Anschläge
kostenlos und unverbindlich.
Nur solide Ausführung!
Groß-Einkauf aller Bauhölze und
bestgeflegte Holzvorräte
Erzeugung vom Baumstamm im Walde
bis zum Fertigprodukt ermöglichen be-
sonders günstige Preisstellung.
Fordern Sie mein Angebot, es verpflichtet
Sie zu nichts!

Wilhelm Kunze.

Handwagen

in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und Räder stets vorrätig.
Sollte Preise!
Zentrifugen :-: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparaturen aller Art.
Wilhelm Grahl.

Motorräder!

Stoß (2,5 PS) 365.- RM.
D. R. W. (4 PS) 648.- RM.
R. S. U. (4,5 PS) 790.- RM.

Alle Steuer- und Führerscheine frei!
Auto-, Motorrad- und Fahrrad-Reparatur-Berstatt.
Autogenschweißerei. Uebernahme v. Drehbankarbeiten.
Ufa-Station.

Fritz Rödler, Annaburg,
Ferneuf 253.



Heine's Delikatess-
Wurstchen
3 Paar-Dose 90 Pf.
5 Paar-Dose 1.60 M.

Delikatess-
Bockwürstchen
in Dosen zu 50 und 90 Stück
empfiehlt

J. G. Fritzsche.

**H. Kändler-
Lachsheringe**
empfiehlt
Arthur Gönemann
Markt 19.

Notentinte
empfiehlt H. Steinbeiß.
Empfehle prima
Drehtinte - Marmelade,
Bierfrucht - Apricotol.

◆ Himbeer-Genup
◆ Preiselbeeren und
feinestes Apfel-Gelée
empfiehlt
Arthur Gönemann
Markt 19.

Ofenlängen
frei Haus liefert jederzeit
und empfiehlt als bequem
und billig

Wilhelm Kunze.
Feinsten aromatischen
Röstkaffee
sowie koffeinfreien
Kaffee „Hag“
empfiehlt

Arthur Gönemann
Markt 19.
Schrankpapier,
gemultert, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.



Augen-Freund,
der hier seit Jahren bekannte
Optiker hält am **Freitag,**
den 31. Mai, v. 9-7 Uhr
im „Siegesdenkmal“ wieder
Erzuchttag. Kassenlos
gewissenhaftige Augenprüfung
1 Jahr Garantie für rich-
tiges Basen der Gläser.
3 Monate Probezeit.

**Bürger-
Schützen-
Vereine U.**
Donnerstag, d. 30. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
Haupt-Verammlung
bei Kam. Gümmling.
Vollständig erscheinen.
Der Vorstand.

Sonntag nachmittag:
◆ **Schießen.** ◆

S.K.v.R.K.
Freitag abend
pünkt 8 Uhr
Übungsstunde.
Alle Kameraden haben
wegen der Gauverband-
hebung in Preßsch zu
erscheinen.
Der Vorstand.

**Zentralverband
der Arbeits-Invaliden und
Witwen Deutschlands**
Ortsgruppe Annaburg.
Sonntag, d. 2. Juni,
vormittags 10 Uhr
Monats-Verammlung
im Bürgergarten.
Erscheinen aller Mitglieder
erforderlich.
Der Vorstand.

**Futter-
Kartoffeln,**
gelbe, à Htr. 1.70 M.
Bestellungen sind bis
zum **Freitag Mittag** bei
Hauß, Hinterstraße 28,
abzugeben.

Kreis-Landbund
Ortsgruppe Annaburg.
Am **Freitag, den 31. Mai, abends**
1/2 9 Uhr bei Dubro
Versammlung.
Vollständiges Erscheinen.
Der Vorstand.

Kein Heim ohne Radio.

Radio-Anlagen
Nezanschlußgeräte
Wende 3 Röhren, Type E 52 N, complet mit
Laufsprecher, keine Antenne, kein Ufa 250,50 M.
Nora Dreiröhren-Nezanschluß-Empfangsgerät
complet 186.- M.
Wende 4 Röhren, Type E 42, compl. 197,50 M.
Wende 3 Röhren, Type E 52, compl. 111,50 M.
Volksapparate sehr gut.
Nora-Telefonten-Blaupunkt 39,50 M.
Ufa, Anoden, Gleichrichter, Nezanoden.
Ladestation.

Wilhelm Waisch.

Die Badezeit beginnt!

Badehosen, schwarz und rot
Badeanzüge
Badekappen
Badehandtücher
Badetücher in allen Größen
Frottierstoff für Bademäntel
empfiehlt

Carl Quehl.

Universal-Geschäftsbücher
für kleine Gewerbetreibende empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Gut und preiswert!

Damen-Mäntel und Kleider
Herren- und Burschen-Anzüge
Anerkannt geschmackvoll und preiswert.
Strick- und Wollkleider, Röcke
Pullover und Kinderkleidung
Oberhemden :-: Krawatten
Damen-Wäsche
in großer Auswahl zu billigsten Preisen



Ernst Peschke
Ackerstraße 16

◆◆◆◆◆
Bestellungen auf
Britetts
nimmt ständig entgegen
Otto Scheibe,
Kohlenhandlung.
◆◆◆◆◆
Selbstgebrannte
Kaffees
in Ia Qualität, stets frisch
geröstet, empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Matjes-Heringe
Stück 28 Pfennig
Malta-Kartoffeln
Pfd. 35 Pf., empfiehlt
J. G. Fritzsche.
Feinste
Tafeläpfel
Apfelsinen
Citronen
Bananen
empfiehlt
Arthur Gönemann
Markt 19.
Frachtbrieve
empfiehlt die Buchdruckerei

Garantiert reinen
**Blüten-
Bienenhonig,**
in 1 Pfd.-Gläsern 1,40 M.,
Loose per 3/4 lb. 1,25 M.
empfiehlt
Arthur Gönemann
Markt 19.
Kaiser-Borax
für Toilette und Haushalt
in Paketen zu 25 u. 50 Pf.
zu haben bei
J. G. Fritzsche.
Mietsverträge
wieder vorrätig bei
Herm. Steinbeiß.

Einem verehrten Publikum zeige ich
hierdurch ergebenst an, daß ich am
1. 5. d. J. die Bewirtschaftung der
Bahnhofswirtschaft Annaburg über-
nommen habe.

Es ist mein Bestreben, allen Gästen einen an-
genehmen Aufenthalt zu bieten.
Nach Erledigung der Renovierungsarbeiten findet
am Sonntag d. 2. Juni die Eröffnung
statt. **Vormittags 11 Uhr:**
Frühstücken-Konzert.
Nachm. 3 Uhr: **Unterhaltungsmusik**
und Abends
Garten-Konzert
bei bengalischer Beleuchtung.

Es ladet ergebenst ein
Hans Lange, Bahnhofswirt.

Sonnabend, den 1. Juni
findet im Saale des Herrn **Soppe**
(Neue Welt) unser diesjähriger
Frühlingsball
statt. Gäste sind herzlich willkommen.
Eintritt 50 Pfennig. Tanz frei.
Kasseneröffnung 19.30 Uhr.
Arb.-Rad- und Kraftfahrclub „Solidarität“
Ortsgruppe Annaburg.

Balast-Theater
Freitag-Sonntag **Ufa** Beginn: 20.30 Uhr:
Ein glänzendes Programm:
Der Sträflingstavalier.
Ein entzückend lustiges, ganz charmantes
Abenteuer in 8 Doppelakten.
In den Hauptrollen: Hilde Jennings, Egon von
Jordan und andere Filmgrößen.
Im Beiprogramm:
Der Zirkus kommt!
Glänzendes Lustspiel in 2 Akten.
Die Deulig-Woche.
Genußreiche Stunden finden Sie wieder im Balast-
Gute Musik. Theater. Gute Musik.

Männer-Turnverein v. 1881.
Am **Sonntag, den 2. Juni,** findet
auf beiden Sportplätzen ein
Spielwerbetaq
statt, beginnend früh 9 1/2 Uhr.
Abends 8 Uhr im Goldenen Ring:
↔ **Tanzkränzchen.** ↔
(Eintritt frei).
Wir bitten, die ausgehängten Plakate zu beachten
und laden die geehrte Einwohnerschaft zu den Ver-
anstaltungen ergebenst ein.
Der Vorstand.

Lichtspielhaus
(Neue Welt)
Nur **Freitag und Sonntag 8 1/2 Uhr:**
Der große Ufa-Film:
Der geheimnisvolle Spiegel.
Regie: E. Hoffmann und Professor Teschner.
Ein ungemein spannender und sensationell gefärbter Spiel-
film mit außerordentlich starker Handlung in 7 Akten.
Die große Besetzung: E. v. Winterstein,
Fritz Rosp, Felicitas Malten.
Hierzu das gute reichhaltige Beiprogramm.
Am **Freitag:** Verfilmtes Orchester.

Für die uns anlässlich unserer Ver-
mählung erwiesenen Aufmerksamkeiten
danken wir herzlichst.
Wilhelm Waisch und Frau
Margarete geb. Simon.
Zschortau, im Mai 1929.
(Kr. Delitzsch)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umlagesteuer, Schmierpapier und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Preisdruck-Anschluß Nr. 224.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 64.

Donnerstag, den 30. Mai 1929.

32. Jahrg.

Keine Zeitung für eilige Leser

* Die in einigen französischen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über eine Entlassung des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht werden von amtlicher deutscher Seite als unrichtig bezeichnet.
* Auf dem Annaburger Parteitag der Sozialdemokratie wurde das von der Parteileitung aufgeschickte Programm für die Wehrmacht angenommen. Alle Änderungsanträge wurden zurückgewiesen.
* Die Reichssozialistische Partei in der Landesvertretung bespricht den Gebrauch der deutschen Sprache durch die deutschen Parteien vollständig zu unterbinden. Es kam infolgedessen zu feindseligen Äußerungen im Parlament.
* Das Ministerium der Reichswehr hat die sogenannte „Kameralkarte“, die Erhöhungen der Gehälter, die in den letzten Jahren bringt, angenommen. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat.

Güter der Reichsfinanz.

In der breiten Öffentlichkeit ist der Name und die tüchtige, aber einträgliche Tätigkeit der Reichsbehörde fast unbekannt, die aber doch trotz ihres Reiches — viel zu geringen! — persönlichen Umfanges eine der wichtigsten und geschäftlichsten Reichsbehörden ist. Es ist der Oberste Reichsrechnungshof unter seinem jetzigen Präsidenten Sämisch, der gleichzeitig den der schweren und oft recht wenig dank seltsamen Arbeit des Reichsrechnungshofes beauftragt ist. Oberste Kontrollbehörde über alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches ist dieser Rechnungshof und zugleich, damit beauftragt, gienar darauf zu achten, daß nicht — sehr verausgabt wird, als vom Reichstag bewilligt wurde.
Diese Kontrolltätigkeit, diese Nachprüfung ist natürlich eine Aufgabe von schier unabweislichem Umfang, denn schon sind die Reichsausgaben bis dicht an die zehn Milliarden herangewachsen, muß sich diese Kontrollbehörde bei ihrer Nachprüfungsarbeit vielfach auf Stichproben beschränken. So ist es kein Wunder, daß jetzt erst die Reichshaushaltsrechnung für 1928 kontrolliert ist, und wo der Oberste Rechnungshof über diese zu bemerken hat, ist von ihm in einem jeden dem Reichstag übergebenen Bericht niedergelegt, die leider je — nicht unerhebliche — Mängel feststellungen enthält.
Auch in Denkschriften gleicher Art über die Abrechnungen früherer Jahre hat der Oberste Rechnungshof zahlreiche Einsparungsvorschläge gemacht. Es sind von diesen Vorschlägen teilweise sehr erhebliche Summen herausgehoben worden, ohne daß sie vorher vom Reichstag bewilligt waren, ja ohne daß man überhaupt nach dem Reichsfinanzminister um Genehmigung ersuchte oder ihn nachdrücklich. Sinterher kommt dann das betreffende Amt mit der üblichen Entschuldigung, es hätten für die Einsparungsvorschläge „zwingende Gründe“ vorgelegen, eine Begründung, die besonders beim Ausdrücken in der Öffentlichkeit, das sich überhaupt nicht übermäßig genau an die Staatsgrenzen zu halten pflegt, obwohl die Ausgaben für dieses Amt seit 1924 auf die vierfache Höhe angewachsen sind. Nicht zuletzt infolge reich aufgewandter Kosten, die durch unsere Auslandsvertretungen verursacht werden. Der Außenminister hat vor einiger Zeit laut gestimmt über diese Kosten, die besonders durch die Repräsentationsverpflichtungen im Ausland verursacht werden, und versprochen äußerste Sparsamkeit. Die unbedingte Einhaltung dieses Versprechens erfordert allerdings der schweren Vorwürfe, die seinem Amt durch den Rechnungshof wegen der Staatsübererhebungen gemacht werden, wirklich auch als sehr notwendig.

Ein zweites nicht minder unerfreuliches Kapitel ist die wirtschaftliche Betätigung mancher Reichsbehörden — und hier prallt geradezu ein Haufen von Vorwürfen des Rechnungshofes auf die schuldigen Ministerien nieder. Überaus hohe Gehälter für die Angestellten, übertrieben hoher Aufwand, schlechte Kalkulation und wenig voraussehende Maßnahmen jeder Art, überflüssige, finanziell schwere Schäden bringende Bestellungen auf Lieferungen jeglicher Art — das sind je ein paar Stichproben! Die Betätigung des Reichsverkehrsministeriums z. B. auf dem Gebiet des Luftfahrwesens ist vielfach geradezu ein Muster dafür, wie — nicht geübertreibt werden darf, überhaupt diese wirtschaftliche Betätigung des Reiches auf — Reichsständen! Der Rechnungshof hat sich durch das Wirral noch nicht gründlich durcharbeiten können, verpricht für später genauere Mitteilungen über die vielfach vorhandene Mißwirtschaft mit ihren großen Verlusten für die Reichskasse.
Nicht viel besser geht's übrigens auch dem Reichsministerium an. Auch ihm „hagelt's in die Schuhe“. Wieder wegen allerhand Geschäfte und Maßnahmen, die mit den eigentlichen Aufgaben des Wehr-

ministeriums wenig, jedenfalls allzuwenig oder gar nicht zu tun haben. Die „berühmte“ Kapitän-Lehmann-Affäre, die innenpolitisch so viel Staub aufgewirbelt hat, wirkt in dieser Denkschrift für 1928 schon ihre Schatten voraus. Sehr, sehr spitz wird die Kritik, werden die Bemerkungen des Rechnungshofes, der von falsch verstandenen Einnahmen, ungenügenden Bilanzen, schlechter Geschäftsführung usw. spricht. Und sein Eingreifen hat dazu geführt, daß nachträglich noch acht Millionen Mark allein hierbei der Reichskasse über die abgerechneten Einnahmen hinaus zugeflossen sind.
Deutsch, rücksichtslos, unbedinglich ist die kritische, kontrollierende Arbeit des Obersten Rechnungshofes und der Steuerzahler wünscht aus vollem Herzen, daß sie nicht — auf dem Druckpapier stehenbleibt.

Owen Young will Entscheidung.

Dr. Schacht nicht erkrankt.
Aus Paris erfährt man, der amerikanische Vorhändler der Reparationskonferenz, Owen Young, habe in den letzten Tagen mehr als deutlich zu erkennen gegeben, daß nach seiner Auffassung die auf den Abschluss der Sachverständigenarbeiten wartende Welt nicht mehr länger hingehalten werden dürfe. Sowohl bei den Alliierten wie bei der deutschen Delegation werde er sofort mit allen Kräften darauf dringen, inwieweit zu einer unverzüglichen Entscheidung zu kommen. Man müsse nun den Schlussbericht herausgeben, wenn es möglich sei, gemeinsam. Wenn die Vereinigung aber nicht gelinge, dann eben getrennt. Owen Young hat andauernd Konferenzen bis zur Abreise Dr. Schachts mit diesem, nach der Abreise mit seinem Vertreter, Dr. Kahl, gehabt.
Zu der französischen Presse waren Nachrichten verbreitet, nach denen Reichsfinanzpräsident Schacht erkrankt sei und sich deshalb nach Versailles zurückgezogen habe. Von amtlich informierter deutscher Seite wird mitgeteilt, daß diese Nachrichten vollkommen unzutreffend seien. Dr. Schacht sei nicht im mindesten erkrankt, aber auch nicht niedergelagert, weil durch die Einwendungen der Gläubigerstaaten eine gewisse Pause in den Verhandlungen eingetreten sei. Er habe sich lediglich zur Aufbesserung nach Versailles begeben und seine Antwort auf das Gläubigermemorandum vom 21. Mai zurückgestellt, bis man sich über gewisse noch schwebende Fragen geeinigt habe.

Alfons von Spanien an Hindenburg.

Die großartige deutsche Auskellung.
In Erwiderung des Gläubigermemorandums, welches der Reichspräsident anlässlich der Eröffnung der deutschen Abteilung auf der Internationalen Ausstellung in Barcelona an den König von Spanien gerichtet hatte, hat Alfons von Spanien dem Reichspräsidenten folgende Antwort geschrieben:
„Ich bin sehr erfreut, daß Sie mir die Ehre gemacht haben, mich mit einem Schreiben anzuwenden und ich Ihnen die Ehre zu machen, Ihnen meine Antwort zu schreiben. Ich habe Ihre Antwort mit großer Aufmerksamkeit gelesen und bin sehr erfreut, daß Sie mir die Ehre gemacht haben, mich mit einem Schreiben anzuwenden und ich Ihnen die Ehre zu machen, Ihnen meine Antwort zu schreiben.“
Der Kaiser hat dem Reichspräsidenten folgende Antwort geschrieben:
„Ich bin sehr erfreut, daß Sie mir die Ehre gemacht haben, mich mit einem Schreiben anzuwenden und ich Ihnen die Ehre zu machen, Ihnen meine Antwort zu schreiben.“

Die Sozialdemokraten und das Wehrprogramm.

Auf der Sozialdemokratischen Parteitagung sprach der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann als Berichterstatter über das Wehrprogramm. Er gab eine kurze Darstellung der Einstellung der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission zur Feststellung eines Fortschritts und betonte, daß das Programm eine Fortsetzung der bisherigen Haltung darstelle. Er verwarf sich gegen die Behauptung, daß der Parteivorstand die Frage jetzt unbedingt zur Klärung und Entscheidung bringen wolle. Der Parteivorstand lasse dem Parteitag völlig freie Hand. Die Kommission empfehle Dittmann die Entscheidung aller dazu gestellten Anträge. Dittmann sprach dann über die allgemeine

Stellung der Partei zur Wehrfrage.
Anfänglich sei die Partei mit dem Liberalismus konform gegangen. Dann sei das Schlagwort aufkommen: „Dieser System keinen Mann und keinen Groschen!“ Besonders habe es bei den preussischen Militarismus beständig bekämpft. Auch im kapitalistischen System der Vorkriegszeit wäre die Partei bereit gewesen, Mittel zu bewilligen, wenn eine Änderung des Wehrsystems eingeleitet worden wäre. Im Krieg sei dann die Spaltung gekommen. Heute bestimme der vom Parteivorstand gewählte Wehrform. Der preussische Militarismus habe sich jetzt umgebracht. Die Lösung müsse auf demokratischem Wege geschehen.

„Gewalt“, so erklärte der Redner u. a., „werden wir nur anwenden, wenn Gewalt hemmend auf die Demokratie wirkt. Eine solche Möglichkeit gehen wir in Rechnung und stellen uns darauf ein. Die Gründung des Reichstages ist ein Beweis dafür. Wir Sozialdemokraten lehnen das Recht der Kommunisten, die Zerstörung des Bestehenden ab.“

Zu dem Begriff des Befehlens gehöre auch das Recht und die Polizei. Die Sozialdemokratie betrachte die bestehenden Einrichtungen zum Standpunkt des kommenden Bestehens aus. Warum solle die Wandlung, die sich bei der Zeit vollziehe, beim Wehrwesen unzulässig sein? Die Entwicklung der Waffentechnik habe eine Änderung der Festbesetzung der Soldaten herbeigeführt. Der Mißbrauch der Soldaten gegen das eigene Volk sei erschwert. Die Partei würde dafür handeln, wenn sie einen künstlichen Gegenpart zu dem Wehr schaffen würde.

Die Opposition will die Landesverteidigung ablehnen.

Während des Wehrrats über das Wehrprogramm ging ein von Levi, Rosenfeld, Ebdewitz und weiteren 80 Delegierten unterzeichneter neuer Programmentwurf ein, in dem es u. a. heißt, daß die Partei im kapitalistischen Staat die Landesverteidigung ablehnen möchte. Weiter heißt es: „Wird ein Land, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, und in der Übergangszeit zur klassenlosen Gesellschaft von anderen, noch von der Bourgeoisie beherrschten Staaten angegriffen, so ist das Proletariat verpflichtet, seine Klasseninteressen gegen alle Angriffe mit allen Mitteln zu verteidigen.“
An diesen Antrag, der vom Abgeordneten Levi begründet wurde, mußte sich eine längere Debatte, die schließlich abgebrochen wurde, ohne daß es zu einer Beschlußfassung gekommen wäre.

Sozialdemokratie für Wehrentwurf.

Die Entwicklung der Reichswehr.
Der Reichsparteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg nahm Mittwoch die vom Programmkomitee der Partei vorgelegten Richtlinien zur Wehrpolitik mit 244 gegen 147 Stimmen unter dem Vorsitz der Reichsleitung zur Abstimmung und genehmigte gleichzeitig sämtliche Änderungsanträge zu dem Wehrentwurf für erbetigt erklärt. Vorher war ein Antrag aus Berlin, der die Verlegung der ganzen Angelegenheit forderte, mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt worden.
Durch diese Abstimmung ist die Opposition, die in radikaler Weise eine gänzliche Ablehnung der Wehrfrage forderte, zurückgewiesen worden und es bleibt bei dem mittleren Wege, den die Parteileitung in ihren bekannten Richtlinien vorgezeichnet hatte. In diesen Richtlinien wird anerkannt, daß auch die Sozialdemokratie in gewissem Maßstab verantwortlich sei für die Aufrückerhal-

